

Bänsch-Echo

Stadtteilzeitung von UBI KLiZ eV / Mieterladen

07-08/10

18. Jahrgang

Ausgabe Nr. 179

Editorial

Liebe LeserInnen,

In diesem Monat finden Sie eine Doppelausgabe für Juli und August vor, denn es fehlt die Kapazität im Juli für die Augustausgabe!

Interessante Termine gibt es schon für beide Monate und genug zu tun auch.

Nach den Häuseraktionstagen „20 Jahre Hausbesetzungen“ und diversen Berliner und bundesweiten Demos „Mega Spree versenken“, „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ etc. bleibt keine Zeit, sich auf die „faule Haut“ oder nur noch an den Strand zu legen.

Unterschreiben Sie die 2. Stufe des Volksbegehren Berliner Wassertisch, um die Verträge offen zu legen und überbeuerte Wasserkosten abzuschaffen!

Stimmen Sie sich auf die Volkszählung 2011 ein, zu der Ihr Vermieter und viele andere Datensammler Zuarbeit leisten werden und müssen!

Streiten Sie sich mit dem Jobcenter um Ihre Rechte!

Besuchen Sie Seminare!

Singen Sie Volkslieder!

Besuchen Sie Straßenfeste!

Gärtnern Sie zur Selbstversorgung mitten in der Stadt mit Gleichgesinnten!

Anregungen dazu und anderes finden Sie in dieser Ausgabe.

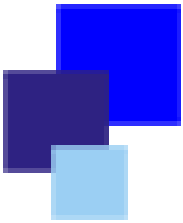
Fahren Sie aber auch an einen See, lesen Sie ein Buch, lassen Sie die Füße baumeln, laden Sie Ihren Nachbarn auf einen Kaffee ein - egal - tun Sie sich etwas Gutes, aber bleiben Sie wachsam, denn nicht alle wollen das Beste für Sie!

die redaktion



Mieterladen-Info / Termine	S. 2
Grüne Suchmaschine	S. 3
Initiative gegen Rechts	S. 4
Register: Make a better place	S. 6
Ausschreibungen	S. 7
Politik & Kultur	S. 8
Steigende Mieten stoppen	S. 10
EU-Volkszählung 2011	S. 11
Urban Gardening ergreift Berlin	S. 12
Landwehrkanal: Bäume retten	S. 14
Tips zu ALG II	S. 16
Humana sucht Kontakt	S. 17
Linksextreme Gewalt	S. 18
Suppe & Mucke die Zweite	S. 20
Der Fall Emmily & FAU Berlin	S. 22
Der rote Faden: Kinderlieder	S. 23
Berliner Wasser & Straßenfeste	S. 24





UBI KLIZ EV

Unabhängige BürgerInitiative Kommunikatives Leben in Zusammenarbeit e. V.
gemeinnützig auf folgenden Gebieten (im Sinne der Förderung von):
Verbraucherschutz und -beratung, Kultur, Volksbildung, Völkerverständigung

Büro-Öffnungszeiten

Mo + Do 16 - 18 Uhr, Di + Fr 08 - 12 Uhr

Mieterberatung & Information

Mo 18 - 20 / Do 19 - 20 Uhr offene Beratung
(Anwälte nur für Mitglieder der BMG eV)

ALG I + II & Rentenberatung

(Anwältin vom Arbeitslosenverband)
jeden 3. Mittwoch im Monat 19 - 20 Uhr
Bitte melden Sie sich telefonisch an!

Register Friedrichshain

Do 16-20 Uhr

Initiative gegen Rechts F'hain

jeden 1. Die / Monat um 19 Uhr

Aktiv im Kiez - Der Kiezpool

nach telefonischer Vereinbarung

Berl. Bündnis Mumia Abu-Jamal

in der Regel alle zwei Wochen Di 20 Uhr

Keiner muß allein zum Amt

Arbeitsfrühstück für BegleiterInnen
jeden 2. Mi + letzten Sa / Monat 11 Uhr

Weitere Hinweise finden Sie auf unserer Website oder fragen Sie vor Ort.

Wir bitten alle Ratsuchenden, die thematischen Öffnungszeiten einzuhalten! Nur dann sind die Fachleute vor Ort, um bestmögliche Unterstützung geben zu können.

Bei uns möglich:

drucken, kopieren, faxen, laminieren, Internet nutzen, Parties feiern und ausleihen von: Bierzeltgarnitur, Beamer, Flipchart (zum Selbstkostenpreis oder sogar kostenlos)

Berliner MieterGemeinschaft

Möckernstraße 92, 10963 Berlin, Tel.: 216 80 01

Wir sind Kooperationspartner von Berlins preisgünstigem und alternativem Mieterverein: Berliner MieterGemeinschaft.

Umfassende Infos finden Sie unter: www.bmgev.de.



Impressum

Das Bänsch-Echo ist eine monatlich erscheinende, unabhängige Stadtteilzeitung, die gerne über den Tellerrand nach Deutschland und in die Welt schaut. Der Fokus liegt auf: Bürgerbeteiligung, Gentrifizierung, Antidiskriminierung und Vorstellung von aktiven Gruppen, Vereinen und Einzelpersonen. Die Mitmach-Zeitung hat eine offene Redaktion und erscheint auch im Internet.

Namentliche Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Herausgeber:

UBI KLIZ e. V. / Mieterladen
Kreutzigerstraße 23, 10247 Berlin
Tel. / Fax: 030 - 74 07 88 31

www.ubi-mieterladen.de / mieterladen@gmx.de

V.i.S.d.P.: Heike Weingarten

Redaktionsschluß: 3. Donnerstag des Vormonats

GLS Gemeinschaftsbank e. G.
Konto: 12 637 500, BLZ: 430 609 67
Spenden sind steuerlich absetzbar

Finanzierung 02 - 12 / 2010: Bezirksvorstand Die Linke Friedrichshain-Kreuberg

mitgeteilt von: Sprossenmanufaktur, Boxi 56
www.sprossenmanufaktur.de



Mit jeder Suche kostenlos 0,1 m² Regenwald retten! Bisher wurden über 6.000.000 m² unter Schutz gestellt!



Forestle ist eine "grüne Suchmaschine", die sich für den Schutz des Regenwaldes einsetzt. Forestle erzielt bei Ihren Suchabfragen Werbeeinnahmen durch Klicks auf so genannte "Sponsoren Links". Diese Textanzeigen werden neben den normalen Suchergebnissen dargestellt.

Alle Einnahmen (abzüglich ca. 10% Verwaltungskosten), gehen an das "Adopt an Acre" Programm unserer Partnerorganisation The Nature Conservancy – eine der renommiertesten Naturschutzorganisationen weltweit. Dort werden mit den Einnahmen bedrohte Regenwaldgebiete nachhaltig bewahrt.

Durch Ihre Suchabfragen erzielen wir durchschnittlich genug Werbeeinnahmen, um pro Suche etwas mehr als 0,1m² Regenwaldfläche für immer zu schützen. Ein normaler Internetnutzer führt ca. 1.000 Suchen/ Jahr durch und kann mit Hilfe von Forestle jährlich ca. 100m² Regenwald kostenlos retten. Um Forestle so transparent wie möglich zu gestalten, gibt es monatliche Berichte.

Forestle ist auch CO₂-neutral! In Zusammenarbeit mit co2stats messen wir den gesamten CO₂-Ausstoß, der durch den Betrieb verursacht wird. Darin enthalten sind Server, Netzwerkinfrastruktur und Ihr eigener Computer. Die verursachte Emmission

wird durch den Kauf von Zertifikaten für erneuerbare Energien ausgeglichen. Die aktuelle CO₂-Statistik ist auf der Website einzusehen.

Forestle ist nicht die einzige grüne Suchmaschine. Es gibt auch Ecosia und Znout, welche ebenfalls von Christian Kroll betrieben werden. Forestle ist die erste von Kroll gegründete grüne Suchmaschine. Im August 2008 ging Forestle in Kooperation mit Google online. Google schaltete jedoch nach wenigen Tagen ab, mit der Begründung, generell keine gemeinnützigen Projekte zu unterstützen.

Um den Nutzern von Forestle eine Alternative zu bieten, wurde über Nacht die CO₂-neutrale Suchmaschine Znout gegründet. Bei Znout („zero negative output“) wird der CO₂-Ausstoß einer jeden Suchanfragen, durch den Kauf von Emissionszertifikaten, im Nachhinein neutralisiert. Die Werbeeinnahmen werden nicht gespendet, weswegen Znout mit Google zusammenarbeiten darf.

Nach Vertragsabschluss mit Yahoo ging Forestle im November 2008 wieder online. Die Verträge mit Yahoo galten jedoch nicht weltweit, weswegen sich Christian Kroll entschloss, eine weitere grüne Suchmaschine zu gründen. Ecosia ist international verfügbar und das Projekt der Zukunft.

Was Forestle pro Jahr schaffen kann:		www.forestle.org
Anzahl der Nutzer	geretteter Regenwald	entspricht der Fläche von
1	100 m ²	großes Klassenzimmer
50	5.000 m ²	Fußballfeld
500	50.000 m ²	Cheops-Pyramide
5.000	500.000 m ²	Vatikanstaat
50.000	5.000.000 m ²	Central Park in New York
500.000	50.000.000 m ²	Manhattan
5.000.000	500.000.000 m ²	New York City

Rechtsextremismus ist kein Kavaliersdelikt, sondern menschenfeindlich!

www.initiative-gegen-rechts.de / www.register-friedrichshain.de



jeden 1. Di/Monat
19 Uhr/ Kreuzzigerstr. 23
Wir arbeiten zivilcouragiert mit
rechtlich zur Verfügung stehen-
den Mitteln und distanzieren
uns von Gewalt jeder Art.

Die Veranstaltenden behalten sich vor, vom Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige Menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, Zutritt zu verwehren oder von der Veranstaltung auszuschließen.

IGR erhält am 2. Juli 2010 in Potsdam den „Sonderpreis des Bundes für Mut und Verständigung“

Das Bündnis der Vernunft gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit gründete sich 1991 als Reaktion auf die gewalttätigen Übergriffe auf Ausländer in Hoyerswerder. 2010 wird zum 17. Mal das „Band für Mut und Verständigung“ an Menschen aus Berlin und Brandenburg, die durch ihr mutiges Eingreifen MitbürgerInnen vor rassistischen Gewalttaten beschützt oder durch ihre Arbeit zur interkulturellen und sozialen Verständigung beigetragen haben, verliehen. Seit 2006 vergibt das Bündnis auch den Sonderpreis als Auszeichnung für außerordentliches Engagement junger Menschen und Initiativen im Bereich der interkulturellen Arbeit und Verständigung, die als Vorbildfunktion andere Menschen motivieren und bestärken, sich aktiv gegen Rassismus/ Fremdenfeindlichkeit und für ein friedliches Miteinander einzusetzen. Wir sind stolz, daß wir vom Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration vorgeschlagen wurden und die Jury uns für diesen Sonderpreis würdig erachtete. Wir freuen uns aber noch viel

mehr, daß es in Berlin und Brandenburg so viele Menschen gibt, die tagtäglich Zivilcourage leben, teils unter Einsatz ihres Lebens, weil sie durch ihre Arbeit in den Fokus von Rechten und Rassisten geraten und nicht selten Ziel von Pöbeleien und Übergriffen werden.

Die über 60 Vorgeschlagenen sind eine Auswahl von viel mehr Engagierten, die nicht vorgeschlagen wurden. Das darf bei aller Freude nicht vergessen werden.

Wir nehmen diesen Preis sehr gerne an, weil er unsere engagierte Arbeit reflektiert und motiviert weiter und intensiver am Thema zu arbeiten und deutlich macht, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Wir hoffen, daß sich in den nächsten Tagen, Wochen, Monaten und Jahren noch viele Menschen diesem Weg anschließen werden, ob mit uns, mit anderen oder allein, denn das Ziel ist, daß jeder Mensch sich ohne Angst überall bewegen, arbeiten und leben kann.

Wenn viele kleine Hände viele kleine Dinge tun, werden sie Großes bewegen...



ANTIFA Jour fixe

vom Berliner VVN-BdA
Franz-Mehring-Platz 1, 10142 Berlin
jeden 3. Mo/ Monat um 18.30 Uhr
im Café Sibylle (Karl-Marx-Allee 72)

Offenes
AntifaCafe



jeden 3. Donnerstag
im Monat

19 Uhr im Vetomat
Scharnweberstr. 35
mit Vokü und Infos
www.antifa-fh.de.vu

14. Internationales Berliner Bierfestival 6. - 8. August 2010

Seit einigen Jahren begleiten wir die Biermeile mit Informationen, Dokumentationen und begründeten Forderungen. Auf Initiative der IGR fand im Oktober 2009 ein Anwohnerggespräch. Daraus entstand eine beim Bezirksamt (BA) angesiedelte Arbeitsgruppe (AG), in der BA, wir, die MBR, Bewohner und eingeladene Gäste mit dem Veranstalter und seiner Partner gemeinsam die Biermeile gestalten wollten. Besonderes Augenmerk lag dabei auf den Belangen des Jugendschutzes, denen der Anwohner und das ein klarer Standpunkt gegen Rassismus gesetzt wird. Deshalb schlugen wir als Slogan

Flyerentwurf für die Biermeile 2010: Respekt ist mein Bier!

Trotz der Bewerbung als internationales Bierfestival, kam es in den letzten Jahren immer wieder zu rassistischen Pöbeleien oder tätlichen Angriffen auf nicht-deutsch anmutende MitbürgerInnen.

Sie fragen sich, was Sie damit zu tun haben oder wie man das verhindern soll, wenn rechte Schreihälse überall Ärger machen müssen? Respektvoller Umgang miteinander erfordert es, daß man bei solchen Übergriffen nicht wegschaut, sondern Verantwortung übernimmt und dabei hilft, daß alle gesellig feiern können, unabhängig ihrer Herkunft. Falls sie rechte Pöbeleien, Übergriffe und Angriffe beobachten oder selbst Opfer solcher Übergriffe sind, melden sie dies beim Sicherheitspersonal oder einem Infopoint der IGR. Greifen sie ein und zeigen sie sich solidarisch mit allen Mitbürgern.

Damit alle auf der Biermeile entspannt und friedlich feiern können, ist es dringend erforderlich die offene rechte Präsenz auf dem Fest zu unterbinden. In den letzten Jahren haben Rassisten und Rechtsextreme die Biermeile auch dazu genutzt in Form von Tattoos und rechten Parolen

„Respekt ist mein Bier. Biermeile ohne Rassismus“ vor und die Standbetreiber sollen einbezogen werden, da wir ein Ausschankverbot für offensichtliche Rassisten oder Rechtsextreme im Rahmen der Hausordnung wünschen.

Am letzten AG-Treffen konnten wir leider nicht teilnehmen, so daß wir unseren Standpunkt nicht vertreten konnten. Da die Öffentlichkeitsarbeit auch zum nächsten Treffen Ende Juni Thema ist, bringen wir hier unsere Zuarbeit ein, die bereits im Vorfeld zur Kenntnis gegeben wurde. Da der Termin nach Redaktionsschluß lag, geben wir hier den Entwurf zur Kenntnis.

auf Bekleidungsstücken und angebrachten Aufklebern ihre Gesinnung in die Öffentlichkeit zu tragen.

Für Menschen, die sich von Rechten und Rassisten bedroht fühlen oder sogar bereits Opfer eines Übergriffes wurden, ist die offene Zuschaustellung der rechten Gesinnung bereits eine Bedrohung. Diese subtile Form der Einschüchterung nutzen Rassisten und Rechtsextreme auch bewußt dazu, die Biermeile als ihr Revier zu markieren.

Damit die Stimmung es allen ermöglicht, sich geschützt und wohl zu fühlen, muß rechter Präsenz entgegen gewirkt werden. Sollten sie also Rechte beobachten, die Bekleidungsstücke oder Tattoos mit eindeutig nazistischer Symbolik zur Schau tragen, melden sie dies bitte am Infopoint. Wir wollen niemandem den Spaß verderben, vielmehr fordern wir, daß solche Feste für alle Menschen besuchbar werden, ohne Opfer von rechten Ressentiments, Pöbeleien und Übergriffen zu werden. Respekt und Zivilcourage müssen immer gelten und großgeschrieben werden, auch und besonders auf der Biermeile.

Das Register Vorstellung von aktiven Gruppen

Wer macht was in Friedrichshain und drumherum

MAKE A BETTER PLACE: Concert, Camp & Congress 06. + 07. August 2010

Friedensbündnis auf dem Tempelhofer Feld

65 Jahre nach Hiroshima droht die Welt aus den Fugen zu geraten. Wir jedoch schauen nicht tatenlos zu, wir handeln. Anlässlich des 65. Jahrestages des Abwurfs der ersten Atombombe, findet die Bündnis-Veranstaltung, unter Federführung von CLOF e. V., "Make A Better Place: Concert, Camp & Congress For Future" auf dem Flughafen Tempelhof in Berlin statt.

Unter Zugrundelegung der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen, zusammen mit namhaften Künstlern, der UNO, Greenpeace, unzähligen Vereinen & Netzwerken, Vertretern aus Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Parteien wirbt das Festival für die ökologischen, sozialen und friedenspolitischen Belange der Menschheit. "Make A Better Place" gibt die Möglichkeit der Information, des vertiefenden Austauschs und des gemeinschaftlichen Engagements.

Vom Ohr über den Bauch in die Köpfe
Mit Musik sensibilisieren wir für die globalen Themen unserer Zeit. Zwei Tage ist die Bühne frei für Newcomer und Top Acts. Es entsteht ein internationales Forum für Muskschaffende und -hörende mit sozialem, friedenspolitischem und ökologischem Anspruch in der Weltstadt Berlin.

Das globale Dorf Tempelhof

Wo Menschen sich zusammentun, potenzieren sie ihre Kräfte. Unser Future Camp



bietet allen Besuchern Übernachtungsmöglichkeiten und Möglichkeiten der Begegnung, des interkulturellen Austauschs und des gemeinsamen Erlebens.

Die Teilnehmer können sich zu verschiedenen Themen (Umweltschutz, Politik, Wirtschaft) orientieren, informieren und debattieren.

Congress For Future

In Vorträgen und Panels können sich interessierte Besucher umfassend zu verschiedenen Themenschwerpunkten rund um die Millenniums-Entwicklungsziele der UN informieren. Im Mittelpunkt stehen der Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit.

Begrüßung durch Prof. Dr. von Weizsäcker
Politik fragt (Bundestagsabgeordnete) Betroffene antworten

Referenten von Greenpeace, NABU, attac
Resümee von Frau Dr. Renée Ernst, United Nations, UN-Millenniumskampagne

Na neugierig geworden? Mehr Infos auf:
www.makeabetterplace.de



„Kampagne Musik gegen Gewalt“
Haus der Demokratie
Greifswalder Str.4, 10405 Berlin
www.clof.eu

"Horizonte - Das Lehramtsstipendium für Migranten" Die Ausschreibung in Berlin läuft!

Bewerbungsfrist

für Abiturienten und Studierende: 31.07.2010, für Referendare: 15.08.2010

Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung vergibt in Berlin zum Wintersemester 2010/11 Stipendien für zukünftige Lehrkräfte mit Migrationshintergrund. Mit ihrem Programm "Horizonte - Das Lehramtsstipendium für Migranten" soll gezielt begabte und engagierte junge Migranten für den Beruf im Klassenzimmer werben und auf dem Weg dorthin stärken. Hintergrund sind die aktuellen Schüler- und Lehrerzahlen: Rund 1/3 der Schüler hat Migrationshintergrund, Tendenz steigend. Gleichzeitig sind nur 1-2 % der Lehrkräfte ausländischer Herkunft.

Die Hertie-Stiftung führt "Horizonte" in Zusammenarbeit mit der Freien Universität und der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung durch. Gleichzeitig wird "Horizonte" in Berlin, Frankfurt, Hamburg und im Ruhrgebiet ausgeschrieben. Zurzeit nehmen insgesamt 40 Stipendiaten aus 21 Herkunftsländern teil. An allen Standorten sind zum Wintersemester je fünf weitere Stipendien ausgeschrieben. "Horizonte" legt besonderen Wert auf die ideelle Förderung der Stipendiaten: In Seminaren und Akademien können sie ihre persönlichen, pädagogischen und psychologischen Kompetenzen individuell erweitern und frühzeitig Netzwerke für das spätere Berufsleben knüpfen. Bei einer Laufzeit von zwei Jahren umfaßt die finanzielle Förderung für Studierende ein monatliches Studienstipendium von 650 Euro + Büchergeld, für Referendare sieht es ein Bildungsstipendium von 1000 Euro/ Jahr vor. Ein Tutor betreut die Stipendiaten und koordiniert die Gruppenbildung vor Ort.

Das Stipendienprogramm ist offen für Bewerber aller Lehrämter, Fächer und Ausbildungsstufen, die noch mindestens zwei

Jahre Ausbildungszeit vor sich haben und sie selbst oder ihre Eltern außerhalb Deutschlands geboren und zu einem späteren Zeitpunkt nach Deutschland eingewandert sind. Die Bewerber sollten neben guten schulischen und akademischen Leistungen gesellschaftliches Engagement, Interesse an interkulturellen Fragestellungen, Kreativität und Teamfähigkeit mitbringen.

Infos unter: www.horizonte.ghst.de



Respekt gewinnt! Projekt-Wettbewerb für ein weltoffenes Berlin

www.berlinerratschlag fuerdemokratie.de

Viele BürgerInnen engagieren sich für eine Kultur des Respekts im Alltag. Mit "Respekt gewinnt!" gibt der Berliner Ratschlag für Demokratie eine Präsentationsfläche für demokratische Initiativen. Mitmachen können alle BerlinerInnen, die sich gegen Menschenverachtung, für Vielfalt, Anerkennung und Demokratie engagieren (wollen).

Sie können Fotos, Videos, Texte und Präsentationen von Projekten/ Aktionen auf der Website hochladen. Eine Jury prämiiert die interessantesten mit Sach- und Geldpreisen. Einsendeschluß: 31.10.10. Der Ratschlag wird durch eine Geschäftsstelle im Büro des Integrationsbeauftragten des Berliner Senats koordiniert. John Röhe, Öffentlichkeitsarbeit
www.integrationsbeauftragter.berlin.de

Seminare im Juli + August



sei realistisch, versuche das unmögliche.

NATURFREUNDE JUGEND BERLIN

www.naturfreundejugend-berlin.de

09.-11.Juli 2010

„Das ganz andere...“ - Seminar zu politischen Utopien

Eine Utopie ist das ganz andere zum gesellschaftlich Bestehenden, und etwas ganz anderes als eine kapitalistische Gesellschaft wollen viele. Wie aber sehen Ideen zu deren Überwindung aus und welchen Schwierigkeiten sehen sie sich gegenüber? Mit Referent_innen der Gruppe paeris.

06.-15. August 2010

„Es gibt keinen richtigen Urlaub im Falschen...“ - Herrschaftskritisches Sommercamp

Eine lange Woche in der Nähe von Berlin chillen, grillen, baden und dabei in der Augustsonne (oder auch im Schatten) das böse Ganze analysieren und kritisieren.

ANMELDUNG UND INFOS:

info@naturfreundejugend-berlin.de

www.nfj-seminare.de



Jeden Freitag 12-18 Uhr Ökomarkt Samariterstraße (Bänsch/ Schreiner).

Neben Obst, Gemüse, Milch, Käse, Fleisch, Wurst, Fisch, Brot, Backwaren etc. sind Naturwaren, Textilien und antiquarische Bücher zu finden und ein vegetarischer Imbiss mit Crêpes und Café.



Endlager sind keine Lösung!

Weil es nicht nur Brandenburg, sondern auch Berlin betrifft, schaut auf:

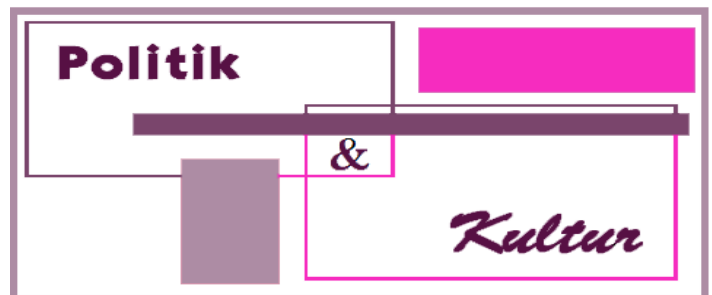
www.CO2Bombe.de

und unterstützt die vielen guten Aktionen der Menschen im Oderbruch.

Sie kämpfen dort auch für die Gesundheit der Berliner Flora, Fauna und BewohnerInnen!

Lassen wir sie nicht allein und machen Vattenfall und der Regierung einen Strich durch die Rechnung!

Das es funktionieren kann, zeigen das Bombodrom Kyritz-Ruppiner Heide im Land Brandenburg und das Werk Klingenberg in Berlin-Lichtenberg !



Schwarz-Bunte-Seiten Berlin

Die Projektgruppe „Schwarz-Bunte-Seiten Berlin“ möchten all jenen Menschen, die auf der Suche sind nach Wegen, sich aktiv und emanzipatorisch in die Gesellschaft einzubringen, eine Anlaufstelle bieten, wo sie sich über bereits bestehende Projekte informieren können, ggf. eine Möglichkeit erhalten, diese auch direkt zu kontaktieren. Das Projekt wurde auf dem Hoffest des NYIB am 19.06. vorgestellt und die Seite freigeschaltet.

www.schwarz-bunte-seiten-berlin.org

Antinationales Sommercamp hoch 3 Ferien von Deutschland machen vom 28. Juli – 4. August in Niedersachsen

Eine Woche lang Sonne und Theorie, Sommer und Diskussion, Freibad und Argumente. Täglich werden zweimal zu vernünftigen Zeiten drei bis fünf parallele Workshops angeboten, die wie im echten Leben in Konkurrenz stehen zu Schwimmen, Schlafen, Spaziergängen, Kickern, Karaoke und Lagerfeuerromantik (letzteres sehr umstritten).

Es wird um die fünfzig Workshops u.a. zu folgenden Themen geben: Drogenpolitik, Biologismus, Neue Musik, Geschichte der Grünen, Anti-Amerikanismus, Freud, Extremismusdebatte, politischer Veganismus, Bevölkerungspolitik á la Sarrazin, die Emobewegung in Russland, Links- und Rätekommunismus, Europäische Union, staatliche Anti-Raucher*innenpolitik, Krankheit & Behinderung als Super-GAU des bürgerlichen Individuums, Kritik des (Menschen)Rechts, Konsumkritik, sexuelle Gewalt, Oktoberrevolution, Russlands Energiewirtschaft, Afghanistan-Krieg, Kritik des Maoismus, Die Roten Khmer, imperialistischer Humanismus, staatliche 'Ausländer'*innenpolitik, Arbeiter*innenbewegung und ihr Verhältnis zu Demokratie und Nationalismus, Staatsverschuldung, Sozialstaat, Kritik an den Bildungsprotesten in Deutschland und Österreich, Arbeitsmarktpolitik, Schulkritik,

staatliches Strafen, Gentrifizierung, Bioethik und Patientenverfügungen, Einführung in das 'Kapital' von Marx, Einführung in den Imperialismus, Sonderwirtschaftszonen in China, Lobbyismus.

Zudem haben wir verschiedene Gruppen und Einzelpersonen eingeladen, Workshops zu bestreiten. Zugesagt haben bislang:

Andrea Trumann (Verfasserin u.a. des Buches Feministische Theorie – Frauenbewegung und weibliche Subjektbildung im

F

Ausführliche Infos zu Seminaren
und zum Sommercamp:
www.junge-linke.org
JUNGE LINKE
gegen Kapital und Nation
info@junge-linke.de

Der Markt für Wohneigentum entwickelt eine ungeahnte Dynamik mit Traumrenditen

In der Ausgabe Juni geht die Zeitschrift Capital ungeschminkt (mit guten Plänen) auf knapp 100 Seiten zur Sache. Sie listet in einigen Städten sehr detailliert Hauskaufpreise, Wohnungskaufpreise(m²) und Haus- bzw. Wohnungsmieten (m²) in den Bezirken mit den durchschnittlich oberen bzw. unteren Preisgrenzen auf.

Es gibt Erwartungsprognosen z.B. rund um

das Schlesische Tor, die Oberbaumbrücke und die Köpeniker Straße aber auch Tips für Bauherren, wie z. B., daß sie bei aufwendiger Sanierung nicht zu sehr protzen sollten, weil sonst Farbbeutel fliegen könnten.

Den interessanten Text findet Ihr unter: <http://www2.capital.de/immobilien-kompass/jsp/do?page=home>

Es geht auch anders - ohne hohe Mieten

Wien macht es vor, mit 80% sozialen Wohnungsbau (Berlin dagegen 0%). Und Wien fährt gut damit, vor allem auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Je geringer die Mieten desto höher die Kaufkraft, die Löhne können niedrig gehalten werden, dies lockt Betriebe an und bringt Arbeitsplätze. Ganz einfach und logisch, warum kann Berlin das nicht?

Der Berliner Weg ist ein ganz anderer, denn bezahlbarer Wohnraum ist nicht erwünscht: Der Markt reagiere ohne geförderten sozialen Wohnungsbau viel effizienter auf

die Nachfrage von Wohnungssuchenden. Außerdem sollen Mieter ihre Wohnung kaufen und damit die Rente sichern.

Die Architekturgalerie Aedes zeigte im Pfefferberg, daß es in Wien bis heute einen höchst lebendigen sozialen Wohnungsbau gibt, innovativ, sozial und ökologisch mit wirtschaftlichem Erfolg für die Stadt.

Den interessanten Text findet Ihr unter: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2010/0601/feuilleton/0051/index.html>

TERMINE

06.07.10 / 19:00 Uhr Kampagnentreffen

Steigende Mieten stoppen!

Raum 3, gegenüber Stadtteilbüro

New Yorck im Bethanien, Mariannenpl. 2a

10.07.10 Megaspreeparade

„Rette deine Stadt!“ zum 2. Jahrestag des Bürgerentscheids gegen Mediaspree, mit Demozügen aus Mitte, Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Kreuzberg und Treptow, die alle zum Roten Rathaus führen. Gegen den Ausverkauf öffentlicher Flächen, Gentrifizierung, das Zubetonieren der Stadt, Kahlschlag der alternativen Kultur u.v.m. Aus Prenzlauer Berg soll es einen Demozubringer von Mauerpark fertig-

stellen geben, mit dem Hauptthema Gentrifizierung – während dieses soziale Thema in der (sub)kulturellen Breite des Megaspree-Bündnisses letztes Jahr eher untergegangen war.

09.-19.09.10 Intersquat Festival Berlin



Infos & Termine:
mietenstopp.blogspot.de

Kein Zaun ging schwimmen!

Schreiben an die BZ wegen falscher Berichterstattung:

Sehr geehrte Frau C. Rosales,
Mit Unbehagen wurde mir ein Artikel zugetragen, der offensichtlich in Ihrer Zeitung stand.

Wir sind über die offenkundige erfundene Berichterstattung sehr erstaunt und fragen uns woher Sie Ihre Quellen beziehen: Angeblich seien bei einem Picknik z. B. 30 Menschen dagewesen die einen Zaun ins Wasser geworfen haben sollen. Mit diesem Artikel mögen sie die Autonomen erheitern; bei der ortsansässigen Bevölkerung bekommen Sie dafür nur ein Kopfschütteln. Ihre Quellen lügen, um es mit drastischen Worten auszudrücken. Und da wir im Stadtteil leben und von Nachbarn und Nachbarinnen wissen, daß es ein sehr schönes Picknik war, ohne auch nur einen ansatzweise ähnlichen Vorfall, werden wir dies im Kiez bekannt machen.

Seien sie versichert, das wir die Menschen über diese Unwahrheiten in der Lage sind aufzuklären.

Sollte jedoch die Falschmeldung aufgrund eines Mißverständnisses entstanden sein oder aufgrund ungenauer Recherche, bitten wir Sie dies mitzuteilen. Dies sollte auch in Ihrem Interesse sein.

Mit freundlichen Grüßen

Fr. Herta Pappel

Mitglied der Karla Pappel Stadtteilinitiative

Und hier der Artikel:

<http://www.bz-berlin.de/bezirk/treptow/chaoten-schikanieren-hausbewohner-article857449.html>

Spruch des Monats Juli

Wer immer die Wahrheit sagt,
braucht kein gutes Gedächtnis.

Theodor Heuss



Volkszählung 2011

"Voraussetzung für eine gute Qualität der Zensusergebnisse ist die vollständige Erfassung der Zielbevölkerung."

**Quelle: Begründung zu § 2 des Zensusvorbereitungsgesetzes 2011
Volkszählung 2011
nicht nur in Deutschland,
sondern EU-weit**

Im Rahmen der Volkszählung 2011 werden ALLE Eigentümer von Wohnhäusern und Wohnungen (auch Wohnungsbaugesellschaften und ähnliches) befragt.

Der Umfang der Fragen findet sich auf unserer wiki-informationsseite

wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Volkszählung#Befragung_aller_Wohnungs-_und_Gebäudeeigentümern

Ein aktueller Flyer ist unter:

wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Flyer_volkszählung_2011-02.pdf

Kampagne gegen die Volkszählung:

www.zensus11.de

Es wird noch zwei andere Befragungsrunden geben sowie eine äußerst umfangreiche Zusammenführung von Daten aus verschiedenen Datenbanken.

Die Fragebögen an die Wohnungsbesitzer, Genossenschaften usw. sollen zwei Wochen vor dem Stichtag 9. Mai 2011 per Post versendet werden.

Wir halten die Volkszählung in einigen Punkten für schwer verfassungsbedenklich und sehen einige wesentliche Grundrechte verletzt.

AK Vorrat Hannover – AK Zensus

Urban Gardening - ein Phänomen ergreift die Stadt Berlin

Überall in der Stadt wird gegärtnert, auf temporären oder dauerhaften Freiflächen und unter Aneignung ungenutzter Flächen. Es entstehen kleine Gärten mit Nachbarn, mit professioneller Anleitung – überall in der Stadt. Selbst die Medien berichten seit einiger Zeit darüber, Bezirksämter stellen Flächen zur Verfügung...

Einer der Wegbereiter ist die workstation Ideenwerkstatt Berlin e. V.

Aber was ist das eigentlich, was da um sich greift und immer mehr begeisterte Anhänger findet?

Was ist Urban Gardening?

Mehrere Gruppen in Berlin arbeiten daran, jeweils in Wohnortnähe auf öffentlichen Flächen einen gemeinschaftlichen Anbau von Nutzpflanzen zu organisieren.

Auf dem RAW-Gelände wurde 2002 mit dem Anbau von Nutzpflanzen (Kartoffeln in Autoreifen und Hochbeeten) experimentiert. Dies erwies sich aufgrund der hohen Kontaminierung des Geländes als geeignete Form des Anbaus von Nahrungsmitteln, die auch zum Verzehr geeignet sind. Eine exemplarische Gestaltung des öffentlichen Raums auf dem RAW-Gelände kann daher als Modellprojekt für die sozial und ökologisch nachhaltige Gestaltung von Brachflächen in der Stadt verstanden werden.

Durch das „städtisches Gärtnern“ wird der Versuch unternommen, Subsistenz in der Stadt zu probieren. Urban Gardening kann ein selbstverwalteter Ausweg aus prekärer Ernährung sowie eine sinnvolle Kampagne gegen herrschende Stadtplanung und die Kapitalisierung der Subsistenz sein.

Wie ist die Initiative entstanden?

Im Dezember 2001 fand auf Initiative des Ideenaufrufs – Initiative für nachhaltige Stadtentwicklung ein Tagesseminar zum Thema „Gärtnern durch die Krise - Perspektiven urbaner Selbstversorgung“ statt. Dort referierte Dr. C. Müller (anStiftung e.V., München) über die Erfahrungen in dem Projekt Internationale Gärten Göttingen und Irmi Hochrein (Janun e.V. Hannover) über

eine praktische Initiative zum Anbau von Bio-Lebensmitteln in Manchester. Beide Erfahrungen wurden theoretisch eingebettet in eine Analyse der Krisenphänomene des globalen Wirtschafts- und Sozialsystems. „**Gärtnern durch die Krise**“ wird in den Ländern der westlichen Industrienationen zunehmend wieder zu einer ökonomisch notwendigen Option - in anderen Teilen der Welt ist es das längst: die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln ist teilweise die einzige Möglichkeit, das eigene Überleben zu sichern.

Das Thema „Gärtnern in der Stadt“ beinhaltet sehr vielfältige Aspekte: kulturelle, spirituelle, soziale, ökologische - um nur einige zu nennen. Angeregt durch die erste theoretische Annäherung bildete sich im Anschluss eine Arbeitsgruppe zur Ideensammlung für ein Nutzungskonzept der Freiflächen auf dem RAW-Gelände. Seither existiert die Initiative Urban Gardening Berlin in Form eines offenen Netzwerkes.

Ziele von Urban Gardening?

Ziel ist der Aufbau eines Netzwerkes sozialer Selbstorganisation zur Gestaltung der Flächen je nach Bedürfnis entweder als Grünflächen zur Erholung der Sinne mit Zierpflanzen oder auch als Nutzgärten mit dem Ziel partieller Selbstversorgung mit Nutzpflanzen in der Stadt - „community gardening“. In beiden Fällen basiert diese Konzeption auf der sozialen, verbindlichen Einbindung von AnwohnerInnen - „Empowerment“.

Längerfristig zu entwickelnde Ziele können sein: urbane Selbstversorgung als Möglichkeit zur Schaffung einer besseren Lebensqualität durch selbstbestimmte Herstellung ökologisch hochwertiger Lebensmittel, Aufbau eines Netzwerkes zur Reduktion der Transportkosten für Nahrungsmittel etc.



Wer kann mitmachen?

Zielgruppe sind einerseits AnwohnerInnen, andererseits alle Menschen, die sich in prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen befinden. Die überaus positive Resonanz, die das Projekt Internationale Gärten Göttingen erfahren hat, zeigt die Kraft, die aus der Möglichkeit von Selbstbestimmung durch die Produktion mit den eigenen Händen erwächst.

Mehr Infos u. a. auf:
www.workstation-berlin.org



Wriezener Freiraumlabor



Prinzessingarten



Lasker Wiese

Was ist die workstation?

Die workstation Ideenwerkstatt Berlin e.V. beschäftigt sich seit 1998 kritisch und unkonventionell mit den Themen Arbeit, Existenzsicherung und Lebensgestaltung. An der Schnittstelle von Kunst, Kultur und Sozialem entwickeln Betroffene zusammen mit uns und Entscheidungsträgern individuell und gesellschaftlich tragfähige Lebensentwürfe. Dabei setzen wir uns nicht nur kritisch mit dem bestehenden Erwerbssystem und dem tradierten Arbeitsbegriff auseinander, sondern zeigen Alternativen auf und leben und realisieren diese in diversen Projekten. Nach unserem Motto „Mach doch, was du willst!“ steht dabei die Frage im Mittelpunkt, wie jedeR einzelne sich Arbeit für sich wünscht und wie sich dies umsetzen lässt. Die workstation arbeitet so auf einen langfristigen und nachhaltigen Bewusstseins- und Gesellschaftswandel hin, um der Stigmatisierung und Ausgrenzung Erwerbsloser, den Absurditäten (Überarbeitung, ungleiche Ressourcenverteilung) der Arbeitsgesellschaft, entgegenzuwirken.

Wir bieten nicht nur Raum für persönliche und gesellschaftliche Veränderungen, sondern erwarten auch, daß Menschen bereit sind, das Angestrebte selbst zu praktizieren.

Wir freuen uns darauf Euch die Workstation im persönlichen Gespräch vorzustellen.

Urban Gardening in Friedrichshain u. a.:
Wriezener Freiraumlabor & Lasker Wiese
www.freiraumlabor.org
www.laskerwiese.blogspot.com

Kräuter- und Grill-Tip

Frische Kräuter lassen schnell die Köpfe hängen. Sie können die Stängel anschneiden und in ein Glas Wasser mit etwas Zucker stellen oder die Kräuter in handwarmes Wasser mit einem Spritzer Zitronensaft legen. Frisch in ein Wasserglas im Kühlschrank gestellt, halten sie etwas länger.

Apropos Kühlschrank: Der bleibt ca. 3 Monate geruchsfrei, wenn man Backpulver, in einem Papiertuch verpackt, hineinlegt.

Panade haftet wesentlich besser auf dem Brat-Grillgut, wenn man dem verquirlten Ei ein paar Tropfen Speiseöl zugibt. Eine besonders würzige Panade erzeugt man mit zerkleinerten Salzstangen / Brezeln, leider aber auch mit vielen Kalorien.

Rettet die Bäume am Landwehrkanal!

Chancen und Grenzen von Bürgerbeteiligung / Text + Foto: Anuschka Guttzeit

Die Berliner Bürgerinitiative (BI) „Bäume am Landwehrkanal“ ist ein gutes Beispiel für Bürgerschaftliches Engagement im Sinne der Agenda 21. Sie gründete sich 2007 aus Protest gegen unnötige Baumfällungen am Kanalufer. Ihr Widerstand führte zur Initiierung eines der größten deutschen Mediationsverfahren durch die Bundesbehörde Wasserschiffahrtsamt (WSA). Das Konfliktschlichtungsverfahren mit dem Namen „Zukunft Landwehrkanal“ dauert bis heute an. Wegen angeblich „mangelnder Standsicherheit“ holzte das WSA 38 auf den Ufermauern stehende Bäume ab. Das WSA hatte sich Jahrzehnte lang nicht um die nötige Wartung und Sanierung der maroden Ufermauern gekümmert.

Der Landwehrkanal (LWK) fließt durch fünf Berliner Bezirke und ist 11,4 km lang. Verursacht wurden die Schäden an den Ufermauern auch durch die Schiffschrauben der vielen riesigen Fahrgastschiffe, die auf dem alten, schmalen Kanal fahren dürfen. Sie verwirbeln das Wasser und unterspülen die Ufermauern. Der LWK hat über 1,4 Millionen Anwohner/innen. Für sie ist der Kanal mit seinen Grünzügen ein sehr wertvolles Naherholungsgebiet. Ökologisch betrachtet ist das Gebiet als Kaltluftschneise und „grüne Lunge“ sehr wichtig für das Stadtklima.

Die BI sammelte 26.000 Unterschriften für den Erhalt der Bäume sowie Spenden. Davon beauftragte sie einen unabhängigen Baumgutachter und einen Umweltjuristen. Durch vielfältige Aktionen wie z.B. Baumbesetzungen und eine Menschenkette konnte die BI 162 Bäume retten. Hierfür wurde sie mit dem Umweltpreis des BUND ausgezeichnet. Im Zuge des Konflikts wurde der Amtsleiter des WSA, Herr Brockelmann, versetzt, weil er während

laufender Verhandlungen mit der BI, Naturschutzverbänden, Politiker/innen und Reedern die o.g. 38 Bäume fällen ließ. Auf Grund des anhaltenden Protests konstituierte das WSA im November 2007 das Mediationsverfahren, an dem 25 Interessensgruppen teilnehmen. Zwei vom WSA bezahlte Mediatoren sollen darin zwischen den unterschiedlichen Interessen vermitteln. Ziel ist eine Konsenslösung.

Vertreter/innen u.a. des Landesdenkmalamts, des WSA, von Bezirks- und Landesverwaltungen, Anwohner/innen (BI), Naturschutzverbänden sowie Reedern nehmen am Verfahren teil. Die BI fordert ein „Modellprojekt Ökologische Sanierung Berliner Landwehrkanal“. Es soll die Finanzierung einer integrierten Gesamtplanung der nachhaltigen Kanalsanierung (Masterplan) beinhalten. Siehe Petition:

<http://baumschutz.files.wordpress.com/2009/07/bmvbs-chreiben230609.Pdf>

Die rechtliche Lage ist kompliziert

Das WSA ist „für die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs“ verantwortlich. Viele der Bäume gehören dem WSA, die meisten Bäume gehören aber den Bezirken. Diese sind auch für den größten Teil der Ufergrünstreifen bis zur Wasserkante zuständig. Für das Wasser ist der Senat in der Pflicht, der mit Belüftungsbooten gegen das alljährliche Fischsterben vorgeht, das u.a. auf ein veraltetes Abwassersystem (Mischwasserkanalisation) zurückzuführen ist.

Einige BI-Mitglieder sind aus dem Mediationsverfahren ausgestiegen, da das Bundesverkehrsministerium (oberster Dienstherr des WSA) und der Berliner Senat bzw. die fünf beteiligten Bezirke, die Verantwortung für eine Gesamtplanung der Sanierung seit langem hin und her schie-

ben. Zur Zeit wird „meterweise“ saniert, ohne dass eine Gesamtplanung vorliegt. Die BI muss immer von Neuem für den Erhalt der Bäume und der Ufervegetation kämpfen.



Gleichberechtigte Partizipation ist nicht gegeben

Am Handeln von Politik und Verwaltung am LWK wird beispielhaft deutlich, dass die historisch einmaligen Anforderungen des Klimaschutzes bisher unzulänglich im deutschen Recht abgebildet werden. Auch müsste die Bundesregierung endlich flächendeckend gezielt in den Baumerhalt und in die Ausweitung des bestehenden Baumbestandes investieren. Denn Bäume reduzieren das klimaschädliche CO₂. Nichts von dem, was in dem aufwändigen Mediationsverfahren verhandelt wird, ist rechtsverbindlich. Die Kanalsanierung gilt als Unterhaltungsmaßnahme. Es muss kein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden. Das WSA hat angekündigt, im Sommer 2010 mit den Beteiligten des Mediationsverfahrens einen Vertrag über die Gestaltung der Kanalsanierung abzuschließen. Dann muß die BI erneut Spenden sammeln und einen unabhängigen Umweltjuristen beauftragen. Hier zeigt sich ein Grundproblem von Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement: Neben den Regierenden sind die ehrenamtlich agierenden Bürger/innen stets auch den bezahlten Amts- und Verwaltungs-

vertreter/ innen mit Ihren Ressourcen und ihrer Infrastruktur unterlegen.

Deshalb ist eine gleichberechtigte Partizipation der Bürger/innen an Stadt- und Freiraumplanungsprozessen nicht gegeben. Ihre einzige Macht beim Versuch die Stadt nachhaltig und zukunftsfähig mitzugestalten wie es z.B. die Berliner Lokale Agenda 21 vorsieht, besteht in der Interessenorganisation und im öffentlichen Protest.

Dazu brauchen sie die Aufmerksamkeit der Medien. Dann engagieren sich z.T. auch Politiker/innen in ihrem Sinne. Manchmal wird Ihr Anliegen sogar zum Wahlkampfthema. Nach den Wahlen beginnen die Auseinandersetzungen allerdings bisweilen wieder von vorn.

Am 03.07.10 findet die 3. Paddelparade statt, eine Demonstration in emissionsfreien Booten, auf dem Landwehrkanal, unter dem Motto „Landwehrkanal für alle“, zu der Interessierte sehr herzlich eingeladen sind.

*Dipl.-Pol. Anuschka Guttzeit
Mitbegründerin BI*

*www.baeume-am-landwehrkanal.de
www.landwehrkanal-berlin.de*

aus Berlin 21 – Magazin
für ein zukunftsfähiges Berlin Nr. 1/2010
Lust auf mehr Infos zu z. B. Mediaspree,
Ideenaufruf und vielen anderen Dingen,
die uns alle angehen?

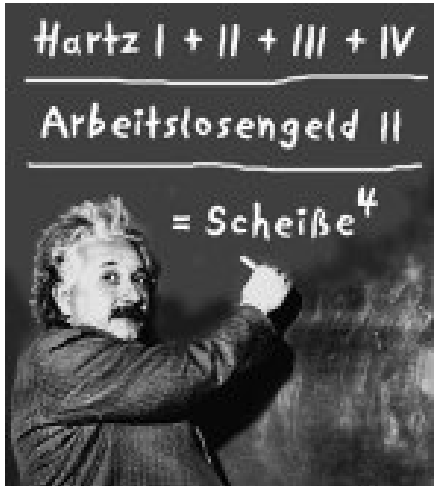
Das Magazin erscheint vierteljährlich,
als Print und im Netz.

Nr. 2/10 erschien im Juni 2010 mit dem
Schwerpunkt: Soziale Stadtentwicklung

Berlin 21 e.V.

Haus der Demokratie
Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
info@berlin21.net
www.berlin21.net

Arbeitslosengeld II – Wir haben einige Tips!



Peinlich genau werden Lebensverhältnisse geprüft, um zu entscheiden, ob eine Bedürftigkeit für Arbeitslosengeld II vorliegt! Die Fragen im endlos langen Antrag haben es in sich, auch weil der Fachjargon oft nicht verstanden wird: Was ist ein Beleihungszinssatz? Andere Fragen erfordern erheblichen Aufwand: Wie ermitteln wir den Wert unserer Antiquitäten oder des KFZ, denn der Kaufpreis ist nicht der aktuelle Wert? Wir müssen korrekt antworten, denn ein Hinweisblatt warnt uns vor „unvollständigen bzw. falschen Angaben“ und droht mit strafrechtlichen Konsequenzen!

Derart eingeschüchtert bemühen wir uns natürlich beim Beantworten der Fragen um peinlichste Genauigkeit und größte Gewissenhaftigkeit!

Durchforsten wir also Wohnung, Keller, Dachboden. Haben wir Omas Sammel-tassen nicht vergessen, unseren Teddy aus Kindertagen (antiquarisches Spielzeug!), Flohmarktschnäppchen? Alles wertlos? Die kapitalistische Marktlogik ist unergründlich, so mancher Krempel, der vor 20 Jahren auf dem Sperrmüll landete, ist nun wertvolles Sammlerstück. Also, gehen wir kein Risiko ein und geben alles an! Wie aber schätzen wir den Geldwert?

1. Wir verfrachten unsere potentiellen Wertstücke in Kartons und stellen sie den Sachbearbeitern im Amt zur Begutachtung auf den Schreibtisch. Mag

dies auch unüblich sein, so können wir uns damit auf jeden Fall gegen den Vorwurf der betrügerischen Erschleichung von Transferleistungen absichern. Praktischer Tip: Organisatorisch klappt der Transport besser, wenn man sich zu mehreren zusammentut!

2. Wir können aber auch ein Sachverständigengutachten in Auftrag geben, was wir uns als Arbeitslose vermutlich nicht leisten können. Also stellen wir **zuvor** schriftlich einen „Antrag auf Kostenübernahme für ein Sachverständigengutachten“. Der Antrag muß von der Behörde beschieden werden, ob positiv oder negativ. Im Falle einer Ablehnung können wir innerhalb von 30 Tagen Widerspruch einlegen.

Sollte alles nichts nützen, tragen wir im Fragebogen ein: „Wert in Euro kann von mir nicht beurteilt werden“ und verweisen auf unsere Bemühungen.

Zum gewissenhaften Ausfüllen des Antrags gehört auch, daß ausführliche Nachfragen bei unklaren Begriffen.

Was ist ein „allgemeiner Arbeitsmarkt“, „ein Unterhaltstitel“? Heißt „gegenseitiges Einstehen in Notfällen“ daß wir etwa den Notarzt rufen würden?

Wir begnügen uns nicht mit allgemeinen Auskünften (öffentliche Info-Veranstaltungen), sondern **vereinbaren einen individuellen Beratungstermin (Schutz der Privatsphäre!)**

Außerdem sollten wir im Fragebogen nichts behaupten, dessen wir uns nicht zweifelsfrei sicher sind. Das gilt auch für die Frage: „*Können Sie - Ihrer Einschätzung nach - mindestens drei Stunden täglich einer Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nachgehen?*“ Woher sollen wir das wissen, wenn wir schon länger arbeitslos sind? Wir halten uns an die Fakten, wann wir zuletzt

in welchem zeitlichen Umfang welche Tätigkeit ausgeübt haben! Ob wir auch heute noch im gleichen Umfang diese oder sogar eine andere Tätigkeit ausüben können, ist reine Spekulation!

Bei aller Kooperationsbereitschaft kümmern wir uns um unsere Datenschutzbelange. **Vor Abgabe des Antrags sollten wir schriftlich Auskunft darüber verlangen, welche Daten bereits gesammelt wurden und wer Zugriff auf unsere Daten erhalten wird.** Dies muß jede Behörde mitteilen, das Datenschutzgesetz verpflichtet sie dazu! Zum Schutze unserer persönlichen Daten gehört auch, daß wir, auch wenn wir in einem gemeinsam wirtschaftenden Haushalt („Bedarfsgemeinschaft“) leben, jeder und jede sich selbst das Vergnügen erlaubt, solch einen schönen Antrag auszufüllen!

gekürzt, aus einem älteren Infoblatt von:

*Kampagne gegen Hartz IV
c/o „initiative anders arbeiten“,
aber wenn auch etwas älter,
ist es heute nicht weniger aktuell!*



HUMANA sucht Kontakt zu entwicklungspolitisch seriösen Gruppen in Berlin

HUMANA people to people Berlin versucht in letzter Zeit, Kontakt mit BER-Mitgliedsgruppen aufzunehmen, um über Kooperationsmöglichkeiten zu reden.

Wir raten dringend von einem Austausch und Kooperationen mit HUMANA ab.

HUMANA ist die einzige Gruppe, deren Aufnahmeantrag vom BER abgelehnt wurde. HUMANA ist die einzige Gruppe, die nicht als weltwärts-Entsendeorganisation vom BMZ zugelassen wurde. In beiden Fällen konnte HUMANA die Zweifel an ihrer entwicklungspolitischen Seriösität nicht aus dem Weg räumen.

Unsere Kritik an HUMANA haben wir in einigen Pressemitteilungen veröffentlicht.

Siehe zum Beispiel:

http://ber-ev.de/download/BER/09-infopool/2009-09-17_pm_ber_humana.pdf

http://ber-ev.de/download/BER/09-infopool/2009-02-16_pm_ber_humana.pdf

http://ber-ev.de/download/BER/09-infopool/2009-01-22_ber-pm_humana.pdf

Bisher hat HUMANA keine der zahlreichen Kritikpunkte entkräften können.

Sollte HUMANA auch mit Euch Kontakt aufnehmen, dann bitten wir Euch, uns bescheid zu sagen.

Alexander Schudy

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag

Haus der Demokratie und Menschenrechte

Greifswalder Straße 4

10405 Berlin

Fon: 42 85 15 87

Mail: buero@ber-ev.de

Web: www.ber-ev.de



Spruch des Monats August

Jeder Tag ist ein Geschenk.

Wir selbst bestimmen seinen Wert.

Spruchwort



BEI ANDEREN GEÄUGT



»Linksextreme Gewalt« – viel Gerede, aber keine belastbaren Zahlen

von Ulla Jelpke (hier stark gekürzt)

ganzer Artikel (c) Junge Welt 2010 unter: <http://www.jungewelt.de/2010/06-21/036.php>

Linke Chaoten bedrohen Leib und Leben, gerade von Polizisten. Das ist der Tenor einer 2009 von konservativen Innenpolitikern und Medien hochgeschaukelten Debatte mit dem Ziel drastischer Gesetzesverschärfungen. ... Der CDU/CSU Innenpolitiker Wolfgang Bosbach will eine Überarbeitung des Landfriedensbruch-Paragrafen, damit künftig sämtliche Teilnehmer einer Protestaktion, aus der heraus eine Minderheit Straftaten begeht, bestraft werden können.

Die Linksfraktion im Bundestag wollte es genauer wissen. ... Und siehe da: Trotz des Kampagnencharakters der Warnungen vor einem Anstieg »linker« Straftaten gibt es keinerlei verbindliche Statistik, die diesen Anstieg belegt. Statt dessen gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Statistiken, die miteinander nicht kombinierbar sind.

Das ... Zahlenwerk zur »Politisch motivierten Kriminalität« (PMK) erfaßt den ersten Anfangsverdacht einer politisch motivierten Straftat, und zwar unabhängig davon, ob sich der Verdacht später erhärtet oder nicht, und selbst dann, wenn die Ermittlungen eingestellt werden. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) verzeichnet sämtliche, also auch »unpolitische«, Straftaten – aber erst nach Abschluß der Ermittlungen und nur, wenn die Akten tatsächlich an die Staatsanwaltschaft oder die Gerichte gehen. Angaben über Verurteilungen oder Strafbefehle sind darin nicht enthalten. Diese Angaben enthält die Strafverfolgungsstatistik des Statistischen Bundesamtes, die Verurteilungen nach dem Zeitpunkt des gerichtlichen Verfahrensab-

schlusses aufführt. Diese Statistiken könnte man theoretisch nebeneinander legen, um zu sinnvollen Aussagen zu kommen – aber nur, wenn sie auf gleichen Kriterien basieren, was nicht der Fall ist. ...

Brennende Autos

Als Beweis für die angeblich rapide ansteigende linke Gewalt müssen immer wieder brennende Pkw ... herhalten. Doch selbst die Polizei nennt verschiedenste Motive: Versicherungsbetrug, Eifersucht, Trunkenheit. 2010 brannten in Berlin 97 Pkw, in nur 16 Fällen gehen die Sicherheitsbehörden von politisch motivierten Straftaten aus. ... Wie die Länderpolizeien zu diesen Einstufungen kommen, ist unklar, denn Bekenntnisse gibt es kaum, und statistisch erfaßt werden diese gar nicht.

Eine seriöse Analyse müßte zudem die »politischen« Autobrandstiftungen, wie sie in der PMK erfaßt werden, mit der Gesamtzahl vergleichen, also auch mit den »unpolitischen« Taten. Doch das geht nicht, weil die Polizeiliche Kriminalstatistik nur die Gesamtheit der Brandstiftungen aufzählt, dabei aber nicht nach Immobilien oder Autos unterscheidet.

2008 wurden bundesweit gerade einmal sieben und im folgenden Jahr 17 Tatverdächtige(!) von Kfz-Brandstiftungen mit »linkem« Hintergrund ermittelt. Das sagt die PMK-Statistik, die aber keine Aussagen zu Verurteilungen enthält. Diese gäbe es in der Strafverfolgungsstatistik, die aber wiederum nicht nach den Zielen der Brandstiftung differenziert. »Valide Informationen zur Zahl der Verurteilungen von Autobrandstiftern«

weiter nächste Seite...

liegen daher nicht vor«, muß die Bundesregierung zugeben. ... Dies gilt für »politische« wie für »unpolitische« Autobrandstiftungen gleichermaßen.

... Die Staatsanwaltschaft steht unter hohem, zweifellos politisch motiviertem, Handlungsdruck, dennoch wurde 2009 und in der ersten Hälfte 2010 zumindest in Berlin kein einziger politisch links motivierter Autobrandstifter verurteilt.

Gewalt gegen Polizisten

Ende Mai 2010 hat der Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Christian Pfeiffer, eine Studie zur Gewalt gegen Polizisten vorgelegt, mit der die Unionsseite ebenfalls ihre repressiven Forderungen begründen will. Allerdings hat die Studie gravierende Mängel, die Pfeiffer auch selbst benennt. So beruht sie auf der Auswertung eines Online-Fragebogens, der lediglich subjektive Selbstauskünfte abfragte. Beteiligt haben sich 21000 Polizisten, darunter überwiegend junge, im »Einsatz auf der Straße« stehende. Die Zahl von Beamten, die nach Angriffen mindestens eine Woche dienstunfähig gewesen sei, habe zwischen 2005 und 2009 um mindestens 60 % zugenommen. Allerdings handelt es sich hier um einen Anstieg auf niedrigem Niveau von 203 auf 325 Fälle. Die Hauptbetroffenen von Gewalt sind nicht die gut ausgerüsteten Beamten der auch bei Demonstrationen eingesetzten Sondereinheiten, sondern normale Streifenpolizisten. Der Großteil dieser Angriffe ereignet sich laut Studie bei Festnahmen, Demonstrationen machen rund 8 % aus, drei Viertel davon wiederum gehen angeblich auf das Konto linker Demonstranten.

Zwar zeigt auch die PMK-links-Statistik einen Anstieg von Körperverletzungen an Polizeibeamten von 212 auf 440. Eingeschlossen sind darin Widerstandshandlungen, wenn diese geeignet waren, einen

Beamten zu verletzen, etwa bei der Abwehr einer Festnahme. Eine tatsächliche Verletzung des Beamten muß nicht vorliegen. Daneben verzeichnet die Bundesregierung für das Jahr 2009 gerade 259 Widerstandshandlungen gegen Vollzugsbeamte, die sie Linken zurechnet. Angesichts von insgesamt 25401 laut PKS angezeigten Verstößen zeigt dies keine besondere Gefährlichkeit der linken Szene. Ohnehin ist es gängige Praxis, daß die Polizei schon bei passiver Resistenz Anzeigen wegen Widerstands stellt. Was völlig fehlt, ist eine genauere Aufschlüsselung der Widerstandshandlungen: Ob sie bei Festnahmen erfolgten, oder im Zusammenhang mit Protesten gegen Naziaufmärsche. Denn wenn Antifaschisten mit passivem Widerstand faschistische Aufmärsche blockieren und sich der polizeilichen Räumung widersetzen, schlägt sich dies in der Statistik zu Lasten der Linken nieder. Von Widerstandshandlungen, die durch gewalttätige Polizisten erst provoziert werden, weiß die Statistik ohnehin nichts.

Aus all dem zeigt sich: Statistiken über einen Anstieg linker Gewalt sind sehr differenziert zu betrachten. Die Zielrichtung ist klar. Das von den Medien aufgebaute Gespenst des »Steine schmeißenden Autonomen« dient nur als Buhmann. Denn vor allem wollen die Staatsorgane gerüstet sein angesichts einer zunehmenden sozialen Polarisierung, wenn die Folgen der Wirtschaftskrise allgemein spürbar werden. Wenn sich Hartz-IV-Empfänger gegen Zwangsumzüge oder Arbeitspflicht wehren, Gewerkschafter gegen Massenentlassungen protestieren oder es tatsächlich einmal zu den vielbeschworenen »sozialen Unruhen« kommt, dann wollen die Herrschenden über das nötige gesetzliche Abschreckungsinstrumentarium verfügen.

Die Autorin ist innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Suppe & Mucke - die Zweite - support your kiez

Am 04.09.10 ist zum zweiten Mal das köstlichste Friedrichshainer low-budget Straßenfest. Wir informieren hier über die bahnbrechendsten Neuigkeiten.

Das Straßenfest

Zwischen Proskauer, Voigt-, Rigaer und Bänschstraße erwarten Euch auf vier Bühnen über 20 Bands und auf der Suppenmeile eine bunte Mischung aus Straßentheater, Performances, die Speakers-Corner und das Kindersuppenfest.

Mitmachen!

Jetzt liegt es an euch, das Festival mit Leben und Suppe zu füllen! Wenn ihr Lust habt ein Stück des Festes oder eine Bühne mit Musik, Kunst und Aktionen zu gestalten, schreibt uns einfach eine kurze Mail und beschreibt, was ihr vor habt.

Mitkochen! und Vorkosten!

Für alle leidenschaftlichen SuppenköchInnen gibt es die Anmeldebögen als Formular zum online ausfüllen oder als Download zum selber ausdrucken. Für all diejenigen, die Lust haben mit FreundInnen und NachbarInnen einen Stand zu machen, oder ihr Projekt, ihren Verein oder ihren kleinen Laden vorzustellen, gibt es auf unserer Website die Anmeldebögen für die Suppenstände.

Feinschmecker laden wir seit Juni jeden Do ab 19 Uhr in die Suppenzentrale (Concierge, Schreinerstr. 10) zu einer Verkostung einer leckeren Suppenkreation ein.

Von Kindern für Kinder

Während des Suppe&Mucke Straßenfestes werden Kinder und Jugendliche aktiv in die Festgestaltung eingebunden, um so allen jungen BesucherInnen ein buntes und spaßiges Erlebnis bieten zu können. Hier können wir auf die Kooperation verschiedener Kinder- und Jugendorientierter Vereine und Schulen zählen.

Stände

- Kinderschminken
bunte Gesichter wie im Karnevall – geschminkt von den Schüler_innen der Zille Grundschule
- Buttons selber machen
eigene Bilder oder Messages in Buttons stanzen – begleitet von Frau Schäfer, Lebenskunde-Lehrerin der Zille-Schule
- Grafitis malen wie ein Profi
Graphische Glanzleistungen statt schnöder Tags - Jugendliche des Jugendkulturzentrums Linse zeigen die Finessen des Graffiti-Zeichnens

Workshops auf dem Fest

- Festdokumentation
KiezTV begleitet die Kinder und Jugendlichen auf ihrem medialen Rundgang durch das Fest und zeigt, wie man Interviews mit festbesuchern führen kann. Aus den einzelnen Aufnahmen entsteht eine Festdokumentation aus der Perspektive der jungen Besucher.
- Töpfern
Hier können sich die jungen Besucher_innen handwerklich mit Ton austoben und von Suppenschüsseln über Vasen bis Figuren ihre Kreativität spielen lassen.
- Kinder-Ausstellung „Friedrichshain vor 50 bis 60 Jahren“
Die jungen Besucher_innen gestalten und arrangieren die Bilder der Ausstellung, so wie sie es am Schönsten finden und lernen den Kiez gleichzeitig ein bisschen besser kennen.
- Spaßige Geschicklichkeitsspiele
Der Spielwagen e.V. bringt seine lustigen Spielgeräte mit. Die jungen BesucherInnen können unter Anleitung ihre motorische Geschicklichkeit ausprobieren.

weiter nächste Seite...

Suppenkinder

Während und nach dem Fest werden Kinder des Kiezes in die Gestaltung eingebunden und so an den Kiez herangeführt. Hierfür werden wir in den Schulen und sozialen Kinder- und Jugend-Einrichtungen aktiv und den Kindern und Jugendlichen auf dem Fest einen festen Platz geben.

Kinderspace auf´m Drachenspielplatz

Durch die Vermittlung des Spielwagen e.V., dürfen wir das Gelände des Drachenspielplatz nutzen und organisieren dort den

Kinderspace im Straßenfest, als Ausgangspunkt für weitere Aktionen. Angedacht sind neben Maltischen und -leinwänden, einer Töpfer-Station und dem Mini-Workshop "Festdokumentation" auch eine Spiel-Station, auf der der Spielwagen e.V. verschiedene, lustige Spielgeräte für die jungen Besucher bereit halten wird.

Bühnenprogramm

Außerdem freuen wir uns auf Musik-, Akrobatik- und Kunstdarbietungen von Kindern für Kinder auf den verschiedenen Bühnen.

Ferienworkshops (Alle kostenlos!)

Sie bilden im Vorlauf des Straßenfestes den Schwerpunkt unseres Engagements im Rahmen des Kinderprojektes und werden in Kooperation mit Kinder- und Jugendorientierten sozialen Einrichtungen organisiert und begleitet. Damit treten wir vor allem an die Ferien-Hort-Angebote der Schulen heran. Alle Workshops zielen auf die Selbsterfahrung der Kinder und bedienen sich informeller Lernmethoden.

Kochen mit Kindern: 29.07.10

Ein Bewußtsein für eine gesunde Ernährung ist in Zeiten von FastFood-Ketten und einem steigenden Anteil sozial benachteiligter Kinder ein wichtiger Grundstein für die Gesundheit. Die Kinder sollen spielerisch und praktisch an diese Thematik heran geführt werden.

Ort: Hort der Pettenkofer Grundschule

Suppenschüsseln töpfeln: tba

Zusammen mit einer gelernten Töpferin können die Kinder ihr handwerkliches Geschick ausprobieren. 2009 wurden neben Suppenschüsseln auch Tassen getöpft und lustige Figuren geformt.

Ort: Hort der Zille Grundschule

Suppen-Kochbuch layouten: tba

Wie 2009 werden wir die verschiedenen Suppenrezepte der Stände sammeln und in einem Kochbuch veröffentlichen. Die künstlerische Gestaltung des Kochbuchs

soll im Rahmen eines Mal- und Zeichen-Worshops für Kinder erfolgen, in dem sich die Kinder künstlerisch verwirklichen können. Das fertige Kochbuch wird im Anschluß farbig gedruckt und am Fest zum Selbstkosten-Preis verkauft.

Ort: Hort der Zille Grundschule

Videoprojekt "Sei dein eigener Filmmacher": 16.08.10

In einem vorbereitenden Workshop werden die Bedienung von Aufnahmegeräten erklärt und Interviewtechniken geübt, mit deren Hilfe die Kinder auf dem Straßenfest selbst mit den Festbesuchern in Kontakt treten können. Die Idee ist, das Straßenfest aus dem Blickwinkel von Kindern zu dokumentieren. Im Anschluss an das Fest wird mit den Kindern aus dem Material ein Film geschnitten.

Ort: Hort der Pettenkofer Grundschule

Kontakt zur Suppen-Crew:

Wenn ihr Ideen, Fragen oder Kritik habt, mitmachen wollt oder mehr Infos braucht, findet Ihr uns hier:

Offenes Suppen-Büro jeden Do, ab 19 Uhr im Concierge, Schreinerstr. 10

Ruft uns an unter: 0176 70 4418 36 oder schreibt uns: info@suppeundmucke.de oder direkt über das Formular auf unserer Website:

www.suppeundmucke.de

Der 10. Juni war ein Tag zum Feiern in Berlin und Erfurt

Der Fall „Emmely“

Die unter „Emmily“ bekannt gewordene Kaisers-KassiererIn (52 Jahre, Mutter von drei Kindern) wurde im Februar 2008 entlassen, weil sie zwei gefundene Pfandbons im Wert von 1,30 Euro einlöste. Zwei Instanzen erklärten die Kündigung ohne vorherige Abmahnung für rechtmäßig.

Die Sitzung des 2. Senats des Bundesarbeitsgerichts in Erfurt am 10.06.10 war begleitet von großen Solidaritätsbekundungen und starken Sicherheitsvorkehrungen.

Die Kündigung sei angesichts des Alters der KassiererIn nicht gerechtfertigt. Auch sprechen 31 Dienstjahre dagegen, begründete Richter Burghard Kreft die Entscheidung, nachdem der Beifall von den vollen Zuschauerrängen verklang. „Die lange Betriebszugehörigkeit führt zu einem großen Vorrat an Vertrauen, der nach einer einmaligen Verfehlung nicht völlig aufgezehrt ist.“ Die Festschreibung von sogenannten Bagatellgrenzen bei Minidiebstählen hielt Kreft aber weiterhin für problematisch.

Dennoch rückt man nicht von der jahrzehntelangen strengen Rechtsprechung ab. Bagatelldelikte können weiterhin eine fristlose Kündigung rechtfertigen. Entscheidend ist der entstandene Vertrauensbruch, der weiterhin auch eine fristlose Kündigung ohne vorherige Abmahnung ermöglicht.

Die meisten wegen Lapalien Gekündigten erhalten keine 2. Chance. Harte Sanktionen sorgten in der Öffentlichkeit immer wieder für Unverständnis. Auch Juristen kritisierten zunehmend. Ursprung allen Übels war 1984 das „Bienenstichurteil“. Damals bekräftigte das Bundesarbeitsgericht die Kündigung einer VerkäuferIn, die ein Stück Kuchen aus der Auslage aß.

Für „Emmily“ ist das Urteil die Rückkehr in ihren alten Job, an die Kasse, das, was sie die ganze Zeit wollte.

Bereits kurz nach Urteilsverkündung in Erfurt luden Sympathisanten Kaisers-Kunden an der Filiale Warschauer Straße zum Sekt und feiern ein.

FAU Berlin gewinnt Prozeß

Vor dem Kammergericht wurde am 10.06.10 die Einstweilige Verfügung zum Verbot gegen die FAU Berlin aufgehoben. Infolgedessen darf sich die Gewerkschaft auch wieder als solche bezeichnen.

Richter Neuhaus betonte dabei die Wichtigkeit der Meinungsfreiheit als Grundrecht. Er stellte in Frage, ob das Kino Babylon als KlägerIn überhaupt zu nachweisbarem Schaden gekommen sei, als die FAU im Betrieb als Gewerkschaft auftrat. Die Frage der Tariffähigkeit spielte dabei keine Rolle. Im Dezember 2009 hatte die Geschäftsführung der FAU Berlin per Einstweiliger Verfügung verbieten lassen, sich Gewerkschaft oder Basisgewerkschaft zu nennen. Die Berliner FAU, als stärkste Gewerk-

schaft im Betrieb, hatte zuvor einen Haustarifvertrag zur Verhandlung vorgelegt.

„Wir sind glücklich, daß es nicht gelungen ist, uns aus dem Kino Babylon zu verbannen. Das Urteil ermöglicht es kämpferischen Gewerkschaften, aktiv zu sein. Es zeigte außerdem, daß das Mittel der Einstweiligen Verfügung nicht ausreichen darf, um einen Arbeitskampf lahmzulegen“, kommentiert Lars Röhm, Allgemeiner Sekretär der FAU Berlin.

Die Freie ArbeiterInnenunion (FAU) ist eine anarchosyndikalistische Basisgewerkschaft, die für eine kämpferische Betriebsarbeit von unten eintritt.

Allgemeines Syndikat der FAU Berlin
Straßburger Str.38 / 10405 Berlin
faub@fau.org

11 Freunde - WM Quartier

im Astra-Kulturhaus

auf dem RAW - Gelände

Freitag 11.06. bis Sonntag 13.06.2010

Der Veranstalter hat Punkt 11 des Genehmigungsbescheids nicht umgesetzt, weil er Tröten, Pfeifen, Fanfaren u. ä. nicht beim Einlaß abgenommen hat.

Der Veranstalter hat die Auflage Punkt 18 nicht eingehalten, weil er weit mehr als die zugelassenen 1500 Besucher eingelassen hat (Sonderteil Tagesspiegel: 2000 zur Eröffnung / Bewohnerbeobachtung: am Samstag waren es nochmals weit mehr als 2000).

Der Veranstalter hat die Regelung in Punkt 23 des Bescheides vom 07.06.10 nicht eingehalten, weil nach Spielende die Gäste nicht darauf hingewiesen hat, den Ausgang Warschauer Straße zu benutzen (nicht das Tor Revaler Straße). Dies untermauert auch die Anfrage an 2 Securities kurz vor Spielende, wo denn die Besucher das Gelände verlassen. Es kam die Antwort: Das interessiert sie nicht. Sie seien einzig bis zum Ausgang der Halle zuständig. Es wurde auf dem Gelände keine Wegweisung platziert. Massen bewegten sich nach Spielende lärmend und urinierend durch den Wohnkiez.

Am 13.06.10 wurden im Zeitraum 12:15 bis 23:45 Uhr Messungen vorgenommen. Diese lagen ganztags zwischen 60 und 90 dB(A), ab ca. 20 Uhr im Durchschnitt bei 80-85 dB(A).

Die bei einer Schallwelle auftretenden periodischen Druckschwankungen werden vom menschlichen Ohr als Schalldruck wahrgenommen. Der Bewertungsmaßstab hierfür ist der entfernungsabhängige Schalldruckpegel in der Einheit Dezibel (**dB**). Bei der Bestimmung des Schalldruckpegels, wird bei der technischen Messvorrichtung ein Filter (**A**) vorgeschaltet,

der die anatomischen Eigenschaften des menschlichen Ohres nachempfinden soll. Der so in praxisgerechter Entfernung gemessene und bewertete Schalldruckpegel wird mit der logarithmischen Einheit **dB(A)** wiedergegeben.

In der Verordnung zum Schutz der Beschäftigten vor Gefährdungen durch Lärm und Vibrationen (LärmVibrationsArbSchV) vom 06.03.07 wird der untere Auslösewert, bei dem Gehörschutz getragen werden muß, auf 85 dB(A) festgelegt und es sind weitere Schutzvorkehrungen zu treffen.

Die menschliche Streßgrenze liegt bei 60 dB(A). Bereits bei 65 dB(A) beginnt eine Schädigung des vegetativen Nervensystems und das Risiko einer Herz-Kreislauf-Erkrankung steigt.

Lärmschutzverordnungen enden bei 70 dB(A) in Industriegebieten, in Wohnmischgebieten sind es 6 - 22 Uhr 60 dB(A) und nachts 22 - 6 Uhr 45 dB(A), in Wohngebieten analog 55 bzw. 40 dB(A).

Mehr Infos zu Lärm und Lautstärken unter: www.code-knacker.de/dba.htm

Das Ordnungsamt und der Stadtrat wurden über die Beobachtungen einer Anwohnerin informiert und ein Meßprotokoll zugeleitet. Egal, ob man die WM mag oder nicht, wer öffentlich schauen will, soll das tun, aber nicht auf Kosten der umliegenden Nachbarn und auf Kosten der Lebensqualität eines ganzen Stadtteils, in dem man vor jedem 2. Haus sowieso schon öffentlich Fußball schauen kann.

Und überhaupt, Genehmigungsaufgaben sind da, damit sie eingehalten werden. Dem Veranstalter war dies bewußt und bekannt und trotzdem werden einzelne Punkte verletzt. Dies erscheint ignorant und selbstsüchtig und vor allem profitorientiert.

**Akzeptiert man die Privatisierung des Wassers,
akzeptiert man die Vermarktung des Lebens (Riccardo Petrella)
Volksbegehren „UNSER WASSER“ ...ich bin dabei!
Berlin Juli - Oktober 2010 / www.berliner-wassertisch.net**

Liebe Freunde in Friedrichshain und Kreuzberg, am 1. Juli starte die Sammlung von 170.000 gültigen Unterschriften zur Offenlegung der Geheimverträge zur Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe zwischen dem Berliner Senat und RWE und Veolia. Wir gehen davon aus, daß es auch Euch ein großes Anliegen ist, daß dieses Volksbegehren zum Erfolg geführt werden kann, daß die Öffentlichkeit von den Gewinngarantieren und anderen Schweinereien erfährt und daß damit der Vertrag in letzter Konsequenz gekippt werden könnte. Die uneingeschränkte Offenlegung der Geheimverträge ist die Vorbedingung für die Aufkündigung derselben. Da die Mehrheit des Abgeordnetenhauses unserem Volksgesetz die Zustimmung verweigert hat, gehen wir in die 2. Stufe des Volksbegehrens.



Vom 28.06. bis 27.10.2010 sammeln wir Unterschriften, um eine Volksabstimmung über unser Anliegen zu erzwingen. Für einen Erfolg in der 2. Stufe sind 170.000 Unterschriften notwendig.

Mit viel Bürgerengagement und einer guten Organisation ist dieses Ziel zu erreichen. Reguläre Treffen Berliner Wassertisch: 1. Di/ Monat, 19 Uhr, Muskauer Str. 20a (Klingel: Berliner Compagnie, Hinterhof) Nächstes Treffen: 6. Juli 2010!

**Sommerfest am Samstag, 3. Juli 2010 von 13 bis 17 Uhr
auf dem Petersburger Platz in Berlin-Friedrichshain**

mit dabei:

**Märchenerzählerin
Hüpfburg für Kinder
Kinderschminken
Bratwurst, Brause und Politik**

- VfB Berlin Friedrichshain 1911 e. V.
- UBI KLiZ e. V. / Mieterladen
(zusammen mit Initiative gegen
Rechts und Register Friedrichshain)
- Die Johanniter Unfallhilfe
- Berliner Wassertisch
(Infos und Unterschriftensammlung
zum Volksbegehren - Artikel oben)
- Spielwagen 1035 e. V.

**Wir freuen uns auf Sie!
SPD Petersburger Kiez**

29.08.2010 Straßenfest auf dem Oranienplatz in Kreuzberg